

Sonntag AZ

www.sonntagonline.ch

22. Februar 2009



Simon Ammann gewinnt WM-Bronze
Der Toggenburger holte auf der Normalschanze die erste Medaille. > 33

Gemeinsam fahren – und sparen
Gratisparkplätze an der Autobahn werden im Aargau ausgebaut. > 55

Das Duell der Mäzeninnen
Heute spielen FCB gegen FCZ und Oeri gegen Canepa. > 31

BANKGEHEIMNIS AM ENDE – WEGEN ILLEGALER STEUERTRICKS IN USA

Der Beweis: UBS-Chefs wussten alles

Der «Sonntag» kennt den Wortlaut des Vergleichs mit den USA. In diesem belastet sich die Grossbank selber schwer

Vertrauliche E-Mails und Details aus dem Vergleich der UBS mit den USA zeigen: Die Chefs der Bank wussten weit mehr über das «Steuerbetrugssystem» in den USA, als bisher bekannt war.

VON PETER HOSSL (NEW YORK), ARTHUR RUTISHAUSER, PATRIK MÜLLER, OTHMAR VON MATT

Die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (Finma) spricht in ihrem Untersuchungsbericht bloss von «Einzelfällen», in denen die UBS in Steuerbetrugsfälle verwickelt gewesen sei. Das entpuppt sich jetzt als Beschönigung. Denn es ist die UBS selber, die es im Vergleich mit den USA explizit als «wahr» bezeichnet, dass sie «von 2000 bis 2007 die USA systematisch betrogen» habe. Das geht aus dem Vergleichsdokument hervor, das dem «Sonntag» vorliegt.

Wiederholt ist in dem Dokument das Wort «Executives» zu lesen. Damit gemeint sind die Chefs der UBS. In der Anklage ist der Begriff näher erläutert: «Executives» werden dort als «nicht angeklagte Mitverschwörer» (Co-Conspirators) bezeichnet – mit «höchsten Positionen im Management».

DAMIT STELLEN SICH DIE FRAGEN: Warum geht die UBS mit ihrem eigenen Schuldeingeständnis weiter als die Finma in ihrem Untersuchungsbericht? Warum schützt die Schweizer Behörde die UBS – auch gestern wieder, als Finma-Präsident Eugen Haltiner die UBS-Chefs gegenüber Radio DRS in Schutz



Peter Wuffli (CEO bis 2007), Marcel Ospel (Präsident bis 2008) und ihre Nachfolger Marcel Rohner, Peter Kurer (von links).

nahm? Warum werden keine Verfahren eingeleitet, etwa wegen Sorgfaltpflichtverletzung – und das auch nicht von der Staatsanwaltschaft?

Die Eingeständnisse der UBS sind nämlich massiv: Die Bank sagt im Vergleich, einige Führungskräfte und Manager, die wussten, wie das (illegale) Geschäft betrieben wurde, hätten dieses nicht nur fortgeführt, sondern sogar ausgebaut.

> Führungskräfte und Manager hätten die Einstellung des Geschäfts bis 2007 verzögert, weil sie die Kostenfolgen fürchteten.

> UBS-Private-Banker seien im Schnitt dreimal pro Jahr in die USA geflogen. Allein 2004 habe es 3800 Kundenbesuche in den USA gegeben – solche Treffen waren verboten.

Vor diesem Hintergrund erklärt sich, warum die US-Behörden scharf gegen die Schweizer Grossbank vorgegangen sind und die Herausgabe von 300 Kunden-Datensätzen erwirkt haben.

UBS-KONZERNCHIEF ROHNER wurde bereits am 2. Mai 2001 in einem E-Mail auf die Problematik der Umgehung des so genannten QI-Abkommens mit Amerika hingewiesen. Rohner war damals Chef Private Banking Schweiz. In einem weiteren Brief vom 9. Januar 2002 wurde Rohner erneut darauf aufmerksam gemacht.

Weiter gab es 2004, 2005 und 2006 interne Untersuchungen und Audits, über welche die Spitze informiert war, aber es geschah nichts – das US-Geschäft wurde sogar noch ausgebaut.

Eine letzte Chance einzugreifen vergaben die «Executives» im Jahr 2006. Damals kam es zu einer internen Untersuchung aufgrund von Hinweisen eines Whistleblowers. «Die Untersuchung ist vorhandenen Hinweisen nicht nachgegangen. Hätte sie das getan, wäre sie auf die beschriebenen Gesetzesverstösse gestossen», heisst es im Vergleich. Hierbei soll auch der namentlich nicht genannte Peter Kurer, damals Chefjurist der UBS, involviert gewesen sein.

RÜCKTRITTS-FORDERUNGEN an CEO Rohner und Verwaltungsratspräsident Kurer werden immer lauter. Auch bürgerliche Politiker wenden sich nun ab. Der Aargauer FDP-Nationalrat Philipp Müller sagt über Peter Kurer: «Er mag faktisch, technisch und juristisch genü-

Alles zum Fall UBS - USA

- So funktionierte das **Steuerbetrugssystem** in Amerika > Seite 2
- Politiker fordern **Köpferrollen** > Seite 3
- Finma-Präsident Eugen Haltiner** unter Druck > Seite 6
- Interview mit dem **Präsidenten des Bundesverwaltungsgerichts** > Seite 6
- Botschafter Lautenberg soll **Task-Force Schweiz - USA** leiten > Seite 22
- Bundespräsident Merz** war gegen Datenfreigabe an die USA > Seite 22
- Interview mit dem **Aussenminister von Luxemburg** > Seite 22
- SF-Journalistin **Marianne Fassbind** polarisiert bei Zuschauern > Seite 49

gend oder gar gut sein. Doch Peter Kurer ist der falsche Mann.»

DER IDEALE NEUE UBS-PRÄSIDENT wäre für Philipp Müller der Vizepräsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB) und Architekt des UBS-Rettungspaketes: Philipp Hildebrand. «Hildebrand ist eine absolute Vertrauensfigur. Sein Auftreten ist höchst kompetent und nicht selbst-darstellerisch. Er analysiert präzise und messerscharf.» Hildebrand soll bereits zur Ospel-Nachfolge bereit gewesen sein, aber im UBS-Verwaltungsrat zu wenig Rückhalt gehabt haben.

Gegenüber dem «Sonntag» forderten nicht weniger als 23 Parlamentarier den Rücktritt von Kurer und 16 den Rücktritt von Rohner (die Liste: Seite 3).

Facebook-Manie bei Politikern

Fast jeder vierte Nationalrat ist beim Online-Netzwerk dabei

VON BENJAMIN WEINMANN UND NADJA PASTEGA

Die Plattform Facebook zählt weltweit bereits über 150 Millionen Mitglieder. Zu ihnen gehören auch 45 der insgesamt 200 Nationalräte. Dies zeigt eine «Sonntag»-Auswertung. Längst sind es nicht mehr nur Jungpolitiker wie Lukas Reimann (SVP/SG) und Bastien Girod (Grüne/ZH), die sich online einen Freundschaftskreis aufbauen und für politische Zwecke nutzen.

Für Politbeobachter Mark Balsiger steht fest: «Früher musste jeder Politiker eine eigene Website haben, heute muss man auf Facebook präsent sein.» Politiker von Barbara Schmid Federer (CVP/ZH) bis Pascale Bruderer (SP/AG) geben sich in ihrem Onlineprofil von ihrer privaten

Seite und laden sogar Fotos aus dem Privatalbum hoch.

LUKAS REIMANN VIRTUELLER Freundeskreis umfasst über 1200 Facebook-Mitglieder. Er ist damit Spitzenreiter in Bundesbern und online besonders aktiv: «Mit einer einzigen Nachricht kann ich sehr schnell viele Leute mobilisieren, die sich sonst nicht für Politik interessieren.»

Oft sei es praktischer, eine politische Facebook-Gruppe zu gründen, statt auf der Strasse auf Wählerfang zu gehen, sagt Natalie Rickli (SVP/ZH). Für SP-Präsident Christian Levrat war Barack Obamas Facebook-Erfolg der Anstoss, der Online-Gemeinschaft beizutreten.

Mark Balsiger prognostiziert, dass bei den nationalen Wahlen 2011 praktisch alle Kandidaten ein Facebook-Profil haben werden. > SEITEN 16/17

Kein Aufschlag bei SBB

Ulrich Gygi hält ihn für unrealistisch

VORAUSSICHTLICH werden die Billettpreise bei den SBB Ende 2009 doch nicht teurer. Zumindest hält der neue Verwaltungsratspräsident der SBB, Ulrich Gygi, eine Tarif-erhöhung für «schwierig durchzusetzen». «Die SBB haben ihr Angebot verbessert und ausgebaut. Deshalb wäre eine Preiserhöhung berechtigt», so Gygi, «aber es wird sehr schwierig sein, eine solche bei dieser konjunkturellen und politischen Lage durchzusetzen.» Zuvor hatte es bei den SBB stets geheissen, ein Aufschlag Ende Jahr sei «unumgänglich». (PMU/FV) > SEITEN 11 UND 26

Aargauer wollen Kindergarten

Umfrage zum Bildungskleeblatt ergibt brisante Resultate

WÜRDHEUTE IM AARGAU über die Schulreform «Bildungskleeblatt» abgestimmt, würde die Vorlage «Eingangsstufe» abgelehnt – die drei anderen würden angenommen. Dies ist das Ergebnis einer Isopublic-Umfrage im Auftrag des «Sonntags». Von den 1000 befragten Aargauer Stimmberechtigten sagen zum heutigen Zeitpunkt 55,8% Nein zum ersten Kleeblatt, das die Verschmelzung von Kindergarten und Unterstufe zu einer vierjährigen Basisstufe vorsieht. Dieser Teil der Bildungsreform wird im Kanton besonders emotional und kontrovers diskutiert. Auch das Ja zur Oberstufenreform ist gemäss Umfrage noch nicht gefestigt: Das zweite Kleeblatt hat einen verwirrenden Marathon durch die Instanzen und die verschiedenen Modelle hinter sich und wird bisher nur von 44,4% befürwortet.

DAS DRITTE KLEEBLATT hingegen, die Einführung von Tagesstrukturen, wird von einer soliden Mehrheit von 64,3% befürwortet, und auch das vierte Kleeblatt, die Lektionenzuteilung nach So-

zialindex, kommt mit 57,2% auf eine Mehrheit von Ja-Sagern.

Nicht überraschend lässt ein Vierteljahr vor dem Urengang am 17. Mai der Informationsstand der Bürger noch zu wünschen übrig. Nur 7,5% erklären sich als sehr gut informiert, 24,6% als eher gut, 42,4% fühlen sich eher schlecht, 22,8% sogar sehr schlecht informiert. (AZ) > SEITE 53

Inserat



AUSLAND-NEWS



Schröder kritisiert Iran

TEHERAN Der deutsche Altkanzler Gerhard Schröder (Bld) hat in Iran kurz vor dem geplanten Treffen mit Präsident Mahmud Achmedineschad dessen Ausserungen zum millionenfachen Mord der Nazis an den Juden kritisiert. Weiter sagte Schröder, Iran fordere «zu Recht» eine politisch bedeutsamere Rolle ein. Doch wer international ernst genommen werden wolle, müsse auch Verantwortung übernehmen, internationale Regeln beachten und Konzessionen machen. Schröder verwies auf das Angebot von US-Präsident Barack Obama, dass die USA der islamischen Welt die Hand reichen wollten. Diese Chance müsse nun genutzt werden. (AP)

Hamas schrieb Brief an Obama

GAZA Die radikalislamische Hamas hat sich in einem Schreiben an US-Präsident Barack Obama gewandt. Er solle die Palästinenser gerecht behandeln und sich offen für einen neuen Umgang mit der Hamas zeigen, heisst es darin laut einem ranghohen Regierungsvertreter der Organisation. Die Hamas stelle ihre «Visionen und Ansichten» klar, sagte gestern Achmed Jousef, Berater des Aussenministeriums. Der Brief habe die Rückenbedeckung der gesamten Regierung. (AP)

Menschenrechte kein Thema

PEKING Klimaschutz und Wirtschaftskrise – das waren die bestimmenden Themen des ersten China-Besuchs der neuen US-Aussenministerin Hillary Clinton. Die Missachtung von Menschenrechten soll in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen hingegen kein grosses Thema mehr sein. «Es ist wichtig, dass die Vereinigten Staaten und China ein positives Verhältnis haben», sagte Clinton gestern auf einer Pressekonferenz. Die bestehenden Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Menschenrechte mit Blick auf Taiwan und Tibet sollten die allgemeine bilaterale Zusammenarbeit nicht beeinträchtigen. (AP)

Kamikaze-Flüge in Sri Lanka

COLOMBO Die jüngsten Luftangriffe tamilischer Rebellen auf die sri-lankische Hauptstadt Colombo wurden von Selbstmordattentätern verübt. Die Flugzeuge sollten in ein Hochhaus der Streitkräfte sowie in einen Luftwaffenstützpunkt stürzen, wie die Website Tamilnet am Samstag berichtete. Bei den Angriffen am Freitagabend kamen neben den beiden Piloten 2 Menschen am Boden ums Leben, 51 weitere wurden verletzt. (AP)

Facebook-Fieber erfasst

Wie gross das Potenzial der Online-Plattform ist, hat der US-Präsidentschaftswahlkampf gezeigt.

Rund ein Viertel der 200 Nationalräte haben bis heute ein Profil auf Facebook erstellt. Das Sozialnetzwerk hat sich durchgesetzt und wird immer mehr zu einem politischen Faktor.

VON BENJAMIN WEINMANN UND NADJA PASTEGA

«Pro Tag kommen zwischen fünf und zehn neue Freunde hinzu», sagt Lukas Reimann. Der 26-jährige SVP-Nationalrat (SG) war einer der ersten Parlamentarier, die auf Facebook ein eigenes Profil erstellt und es auch für politische Zwecke nutzten. Reimann zählt heute über 1200 Facebook-User zu seinen Freunden und ist damit Spitzenreiter (siehe Tabelle).

Mittlerweile sind 45 Nationalräte auf der Online-Plattform präsent. Wahlkampfperte Mark Balsiger ist sich sicher: «Facebook hat sich in der Schweizer Politlandschaft durchgesetzt, obwohl die Mehrheit noch nicht erkannt hat, welches Potenzial diese Plattform besitzt.» Bei kantonalen Wahlen spiele Facebook bei der politischen Berichterstattung bereits eine wichtige Rolle, sagt Balsiger und verweist auf die Regierungsratswahlen im Kanton Aargau.

IN DEN VERGANGENEN Monaten schaffte es Facebook wiederholt aufs politische Parkett. Als eine Facebook-Gruppe letzten Sommer zu einer Botellón-Party in Zürich aufrief und die Medien darüber berichteten, wurde das Thema plötzlich zum Politikum. Der Gruppe «Bye Bye Billag» sind bis heute über 36 000 Facebook-User beigetreten. Sie fordert die Abschaffung der TV- und Radiogebühreneintreiberin. Diese Forderung wurde nun vom Preisüberwacher aufgenommen. Den Gegnern der Einführung von biometrischen Pässen gelang es unter anderem dank Facebook, genügend Unterschriften für ein Referendum zu generieren. Am 17. Mai stimmt das Volk darüber ab.

Kein Wunder also, dass auch die Parlamentarier aufmerksam wurden und sich mit Facebook auseinandersetzen. «Am Anfang war ich etwas skeptisch, aber jetzt bin ich eine begeisterte Facebook-Benutzerin», so die waadtländische SP-Nationalrätin Ada Marra. Wie viele andere Politiker benutzt sie das Portal vor allem für politische Zwecke. Lukas Reimann schätzt an der Online-Plattform, «dass man Leute direkt ansprechen und mobilisieren kann». Für sein Profil habe er sich daran orientiert, wie amerikanische Abgeordnete ihren Facebook-Auftritt eingerichtet hätten.

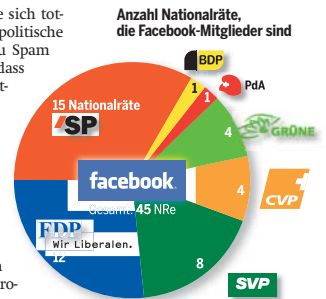
Es ist aber nicht davon auszugehen, dass Facebook politisch so intensiv wie in den USA genutzt wird – Barack Obamas Profil zählt über 5 Millionen Mitglieder. Ein US-Kongressabgeordneter, das Pendant zum Schweizer Nationalrat, verfügt über einen riesigen Mitarbeiterstab und zum Teil mehrere Bü-

ros, die seine Internetauftritte organisieren. «Das braucht extrem viel Zeit», so Ueli Leuenberger, Präsident der Grünen, «wenn ich ein eigenes Sekretariat hätte, wäre ich seit einem Jahr auf Facebook.»

TROTZDEM WERDE DIE BEDEUTUNG von Facebook in der Schweiz weiter wachsen, glaubt Mark Balsiger. Der grosse Vorteil sei, dass es wenig Know-how brauche. Und es ist gratis. Balsiger rechnet damit, «dass bei den nationalen Wahlen 2011 praktisch alle Kandidaten ein eigenes Facebook-Profil haben werden». Davon gehe aber eine Gefahr aus, meint Medienwissenschaftsprofessor Patrick Donges von der

Universität Zürich. «Es könnte sich totlaufen – vor allem, wenn politische Nachrichten über Facebook zu Spam werden.» Es sei auch möglich, dass es in zwei, drei Jahren wieder etwas Neues geben werde, so Donges.

Vorläufig erfreut sich das Netzwerk aber auch in Bundesbern zunehmender Beliebtheit. Die beiden Nationalräte Marianne Kleiner-Schläpfer (FDP/AR) und Ricardo Lumengo (SP/BE) haben angekündigt, in den nächsten Tagen ein eigenes Profil aufzuschalten.



Facebook-Nationalräte: Wer wie viele Freunde hat

Name, Alter, Partei	Anzahl Freunde
Reimann Lukas, 28, SVP	1255
Levrat Christian, 38, SP	1076
Hodgers Antonio, 32, Grüne	835
Lüscher Christian, 45, FDP	789
Zisyadis Josef, 52, PdA	683
Girod, Bastien, 28, Grüne	653
Brunschwig Graf Martine, 58, FDP	641
Bruderer Pascale, 31, SP	630
Rickli Natalie Simone, 32, SVP	627
Markwalder Bär Christa, 33, FDP	557
Hiltbold Hugues, 39, FDP	428
Wasserfallen Christian, 27, FDP	421
Leutenegger Filippo, 56, FDP	381
Allemann Evi, 30, SP	360
Sommaruga Carlo, 49, SP	342
Pelli Fulvio, 57, FDP	322
Fehr Mario, 50, SP	295
Stamm Luzi, 56, SVP	258
Darbellay Christophe, 37, CVP	240
Hofmann Urs, 52, SP	236
Marra Ada, 35, SP	218
Cassisi Ignazio, 47, FDP	218
Schmid-Federer Barbara, 43, CVP	216
von Graffenried Alec, 46, Grüne	197
Rielle Jean-Charles, 56, SP	197
Moret Isabelle, 38, FDP	180
Baetti, Dominique, 55, SVP	170
Noser Ruedi, 47, FDP	149
Steier Jean-François, 47, SP	143
Wobmann Walter, 51, SVP	125
Nidegger Yves, 51, SVP	109
Riklin Kathy, 56, CVP	93
Roth-Bernasconi Maria, 53, SP	87
Nussbaumer Eric, 48, SP	82
Landolt Martin, 40, BDP	59
Leutenegger Oberh. Susanne, 60, SP	59
Fehr, Jacqueline, 45, SP	58
Glanzmann-Hunkeler, Idan 50, CVP	43
Nordmann Roger, 35, SP	19
Theiler Georges, 59, FDP	16
Hutter-Hutter Jasmin, 30, SVP	11
Heim Bea, 62, SP	10
Kleiner Marianne, 61, FDP	0
Perrin Yvan, 42, SVP	0
Brélat Daniel, 58, Grüne	Unklar

Quelle: «Sonntags»-Auswertung



Christian Levrat, SP-Präsident.

SP-Präsident Levrat: «Obama brachte mich auf Facebook»

Wie linke und rechte Politiker das Netzwerk nutzen

VON NADJA PASTEGA UND BENJAMIN WEINMANN

SP-Präsident Christian Levrat lud sein Facebook-Profil im November hoch. Seither hat er bereits über 1000 Internet-«Freunde» gewonnen. «Facebook ist ein guter Weg, rasch und informell eine Botschaft an Sympathisanten zu bringen», sagt Levrat. Kürzlich kündigte er eine Gruppe gegen die UBS-Börsen in zwei Tagen registrierten sich über 3000

Mitglieder. Levrat forderte diese auf, einen Klagebrief an die Adresse von Finanzminister Hans-Rudolf Merz zu schicken – den Musterbrief stellte er gleich online. Levrat: «Das hat prima funktioniert. Der Brief wurde über tausendmal heruntergeladen, und das Finanzdepartement beschwerte sich bei mir, dass man eine Flut von Briefen bekommen habe.» Levrat nutzt Face-

Politiker

Schweizer Nationalräte folgen dem Beispiel



Natalie Rickli, SVP-Nationalrätin.

book ausschliesslich für die politische Arbeit. «Ich war lange skeptisch, dann hat mich der Wahlkampf von Barack Obama überzeugt.» Für dessen fulminanten Erfolg beim US-Präsidentenwahlkampf sei entscheidend gewesen, dass er über das Internet Leute mobilisieren konnte.

DIE AARGAUER SVP-NATIONALRÄTIN Natalie Rickli nutzt Facebook politisch und privat. «Junge Leute nehmen mit mir Kontakt auf und stellen Fragen zur Politik», sagt Rickli: «Facebook ist ein demokratisches Instrument, das den direkten Kontakt zu den Bürgern ermöglicht.»

Rickli loggt sich mehrmals täglich auf Facebook ein, um die Plattform zu bewirtschaften. «Ich trete öfter einer politischen Gruppe bei, wenn es um eine Abstimmung geht. Oder um einen SVP-Politiker bei einer Stadt- oder Gemeinderatswahl zu unterstützen.» Oft sei es praktischer, auf Facebook eine Gruppe zu gründen und Informationen online zu verbreiten, als an einem

Samstagmorgen auf der Strasse auf Wählerfang zu gehen.

FACEBOOK BIRGT ABER AUCH RISIKEN. Wenn sich Krethi und Plethi als «Freund» registrieren wollen, können sich darunter auch politische Extremisten befinden – was imagemässig zum Bumerang werden kann. «Ich akzeptiere nur Personen als Facebook-Freunde, die ich kenne oder mit denen ich weitere gemeinsame Freunde habe», sagt Rickli.

«Die Leute, die sich registrieren wollen, kann man nicht alle kontrollieren», weiss Levrat. Und nimmt gelassen: «Facebook ist wie eine politische Versammlung, dort gibts auch keine Zutrittskontrollen.» Auf der Internet-Plattform formieren sich auch Gruppen, die sich gegen national bekannte Politiker wie Levrat wenden. «Einer solchen Gruppe bin ich beigetreten – sie hat sich dann sofort aufgelöst.» Kritik auf Facebook müsse man locker nehmen. «Wenn man das nicht kann, hat man in der Politik ohnehin nichts verloren.»



LUZI STAMM (SVP/AG) posiert auf seinem Profil stolz mit seinen drei Töchtern und dem ehemaligen Fussball-Naticoch Kobi Kuhn.

BARBARA SCHMID-FEDERER (CVP/ZH) zeigt sich auf Facebook von ihrer privaten Seite.



YVES NIDEGGER (SVP/GE) lernt man auf Facebook als Pferdefreund kennen.



JOSEF ZISYADIS (PDA/VD) stellt sogar Fotos aus seiner Kindheit online.



PASCALE BRUDERER (SP/AG) erhält auf ihrer Pinnwand Nachrichten von ihren Freunden. Der Inhalt wurde aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes verfremdet.

Ein Uni-Abbrecher in Turnschuhen macht Karriere

Dank Facebook wurde Mark Zuckerberg zum jüngsten Milliardär der Welt. Eine Erfolgsstory

ANSEHEN WÜRDTE MAN es ihm nicht. Noch immer tritt er wie ein Student auf, mit schwarzem Pulli, Jeans und Turnschuhen. Doch der Schein trügt. Mark Zuckerberg ist mit 25 Jahren der jüngste Selfmade-Milliardär der Welt und Herr von zig Millionen persönlicher Daten. Sein Vermögen wird auf drei Milliarden Dollar geschätzt.

Dabei sah es zu Beginn nicht danach aus, dass er es eines Tages so weit bringen würde. Als 19-Jähriger schmiss er sein Studium an der Elite-Universität Harvard. Mit zwei Kollegen hatte er sich zuvor eine Plattform im Netz ausgedacht, auf der sich seine Kommilitonen austauschen und in Kontakt bleiben könnten: Facebook. Anstatt fürs Studium entschied er sich für seine Erfindung.

SEITHER FEIERT Mark Zuckerberg ungebremsen Erfolge. Schnell einmal wurde die Website auch Nichtstudenten zugänglich gemacht. Zählte das Netzwerk Anfang 2007 rund 14 Millionen User, sind es heute weltweit über 150 Millionen. Diese Zahlen stopfen den Kritikern das Maul, die Zuckerberg als naiv bezeichneten, als er 2007 seine Firma für eine Milliarde Dollar nicht an Yahoo verkaufen wollte. Im selben Jahr musste Microsoft für einen 1,6-Prozent-Anteil 240 Millionen Dollar bezahlen.

Weltweit kommen täglich rund 700 000 neue Mitglieder hinzu. In der Schweiz haben eine Million Menschen ein Profil. Zuckerberg betont stets, er wolle Facebook nicht verkaufen, sondern «etwas wirklich Grosses erreichen». Eine Beteuerung, die allerdings auch schon frühere Internetpioniere geäussert haben und dann doch den Dollar-Milliarden erlegen sind.

Aufgewachsen ist Zuckerberg in einem reichen New Yorker Vorort als Sohn eines Zahnarztes und einer Psychiaterin. Ansonsten ist über den «neuen Bill Gates» wenig bekannt. In Interviews gibt er sich äusserst zurückhaltend und weicht Fragen zu seinem Privatleben aus. So spricht er nur ungern über den einen Abend vor fünf Jahren, als er bei einem Tankstellenüberfall mit einer Pistole bedroht wurde. Auch bestehen weiterhin Gerüchte, seine Wohnung sei spärlich eingerichtet und er habe bis vor kurzem sogar nur auf einer Matratze und ohne Wecker geschlafen.

KEINE ERFOLGSSTORY ohne Misstöne – das gilt auch für Zuckerberg. Zwei ehemalige Kollegen beschuldigten ihn schon früh, das Konzept für Facebook von ihnen geklaut zu haben. Nun wurde bekannt, dass Zuckerberg den beiden 65 Millionen Dollar Abfindung zahlte. Und diese Woche sorgte er für Negativschlagzeilen, als Facebook wiederholt beabsichtigte, Kundendaten an dritte Firmen weiterzugeben – ohne Zustimmung der User. Auf Druck der Facebook-Gemeinschaft krebste Zuckerberg rasch zurück.

Er wird in Zukunft sensibler mit dieser Thematik umgehen müssen, ansonsten werden Facebook die Freunde schon bald davonlaufen. BENJAMIN WEINMANN



Facebook-Milliardär Mark Zuckerberg.

Wer nicht impft, soll zahlen

VON FELIX STRAUMANN



DIE NACHRICHT: Zahlen aus dem Kanton Zürich und von Impfstoffherstellern machen klar: 2008 ist die Masern-Durchimpfung nur wenig gestiegen. Eine rekordverdächtige Epidemie, dramatische Medienberichte und internationale Impfaufrufe während der Euro 08 führten zu keiner Verhaltensänderung. Das Ziel der Weltgesundheitsorganisation (WHO), bis 2010 die Masern in Europa zu eliminieren, rückt damit in weite Ferne.

DER KOMMENTAR: Man kann es drehen und wenden, wie man will: Die bisherige Strategie des Bundesamts für Gesundheit (BAG), die Menschen mit Information dazu zu bewegen, sich gegen Masern zu impfen, bringt nicht den gewünschten Erfolg. Die nötige Durchimpfung von 95 Prozent bei kleinen Kindern scheint unerreichbar. Es braucht neue Ideen, denn die Masern möglichst bald zu eliminieren, ist ein vernünftiges Ziel. Auch für die Schweiz. Ohne Impfung würde es hierzulande jedes Jahr zu 15 bis 40 Todesfällen kommen, schätzt das BAG. Hinzu kommen schwerwiegende Komplikationen wie Hirn- und Lungenentzündungen. In Ländern mit schlechterer Gesundheitsversorgung sind die Zahlen um Grössenordnungen höher. Ein zu hoher Preis.

Eine Alternative zu den alarmistischen Mitteilungen aus dem BAG präsentierten Anfang der Woche die kantonalen Gesundheitsdirektoren: ein Impfblogatorium. In der Schweiz dürfte eine solche Aktion jedoch kontraproduktiv sein und zu Trotzreaktionen führen. Dies glauben selbst engagierte Impfbefürworter wie Ulrich Heining vom Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Einen anderen Weg geht Australien. Dort erhalten Ärzte, die impfen, eine Prämie. Geld bekommen zudem weniger finanzkräftige Eltern, die ihre Kinder impfen lassen. Boni einmal anders. In Australien haben sich solche Anreize bewährt. Wie hoch diese in der Schweiz sein müssten, damit sie tatsächlich die gewünschte Wirkung zeigen, wäre noch zu prüfen.

Denkbar ist auch das Umgekehrte: Wer an Masern erkrankt, ohne geimpft zu sein, muss im Krankheitsfall selber für Arzt- und Spitalkosten aufkommen. Oder: Wer sich nicht impfen lässt, muss höhere Krankenkassenprämien zahlen oder eine Zusatzversicherung abschliessen. Denn so viel ist klar: Die Menschen reagieren eher auf ihr Portemonnaie als auf dramatische Appelle.

felix.straumann@sonntagonline.ch

Die Facebook-Fraktion

VON CLAUDIA MARINKA



DIE NACHRICHT: Rund ein Viertel der 200 Nationalräte haben bis heute ein Profil auf Facebook erstellt. In der Schweiz haben eine Million Menschen ein Profil. Weltweit sind heute über 150 Millionen bei Facebook, täglich kommen rund 700'000 neue Mitglieder hinzu.

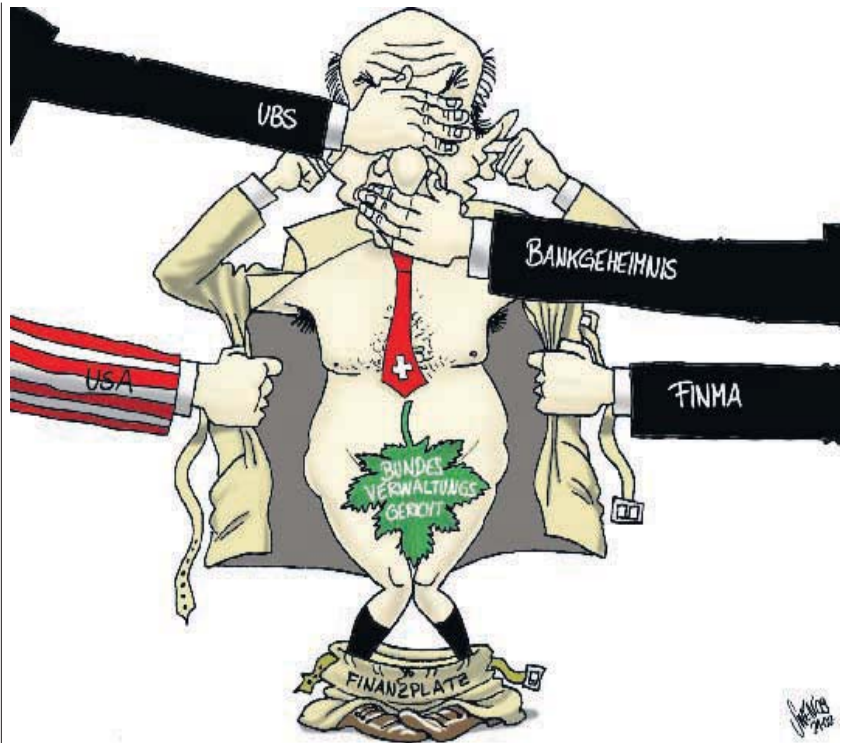
DER KOMMENTAR: «Meine Tochter hat kein E-Mail, teilt uns die Mutter von Nationalrätin Brigitta M. Gadiant am Telefon mit. Damit ist die Bündner Parlamentarierin ein Ausnahmefall. Schweizer Jungpolitiker haben längst begriffen, wie sie ihren Marktwert steigern können. Auch Barack Obama ist dank seiner exzellenten Interaktivität US-Präsident geworden.

Schweizer Jungpolitiker wissen um diese Macht, sind längst Multitasking in Sachen elektronische Medien: Während sie brav im Parlament sitzen, knüpfen sie nebenbei Beziehungen im Web oder tauschen sich parteiübergreifend über aktuelle Themen aus. Juso-Präsident Cédric Wermuth testete seine Mobilisierung für ein Sit-in vor der UBS am Paradeplatz zuerst auf Facebook – um zu schauen, wie gut seine Forderungen ankommen. Er stellte eine hohe Resonanz fest und nutzte die Site als Koordinationsplattform: Interessierte konnten sich über bevorstehende Aktionen informieren und Mail- und SMS-Vorlagen holen.

Gewiss, einige Facebook-Aktionen grenzen bereits an Overkill. Man sollte nicht jeder Aufforderung folgen. Plötzlich ist man Mitglied der «Stalkergruppe» oder von «Ich könnte Jasmin Hutter pausenlos die Presse polieren». Schnell macht man in einem unüberlegten Augenblick mit bei geistreichen Zusammenschlüssen wie «Alle mit einem A im Namen» oder drückt nach einem feuchtfröhlichen Abend die Taste «Bestätigen» für die Gruppeneinladung «Ich bin dumm und steh dazu». Es gibt auch brisantere Zusammenschlüsse wie die kürzlich auf Facebook gegründete Gruppe «Ausschaffung für Paula Oliveira», die sich gegen die 26-jährige Brasilianerin richtet. Die Gruppe, rund 3649 Mitglieder, äussert sich teilweise in hasserfüllten und rassistischen Kommentaren.

Cédric Wermuth (657 Freunde), Lukas Reimann (1255), Christian Levrat (1076), Bastien Girod (653), Pascale Bruderer (630) oder Natalie Rickli (627) haben längst entdeckt, was viele Politiker älteren Semesters straflos vernachlässigen: die Nutzung neuer Medien. Dabei hält selbst Politikwissenschaftler Claude Longchamp die Kommunikation «von Bürger zu Bürger» für die wirksamste Form von Mobilisierung übers Internet.

claudia.marinka@sonntagonline.ch



Silvan Wegmann zur schwierigen Lage von Finanzminister Hans-Rudolf Merz in der UBS-Steueraffäre.

Schweiz riskiert massive Wohlstandsverluste

GASTBEITRAG VON BORIS ZÜRCHER, CHEFÖKONOM DER WIRTSCHAFTS-DENKFABRIK AVENIR SUISSE



DIE NACHRICHT: Weltweit stützen die Staaten ihre Banken. Die Schweiz zieht mit: Sie hat die UBS mit Kapital versorgt, von toxischen Papieren entlastet – und muss ihr jetzt auch juristisch bestehen.

DER KOMMENTAR: Die USA sind gegenwärtig daran, ihren Finanzsektor mit über 2000 Milliarden Franken zu rekapitalisieren. Parallel dazu verabschiedete der US-Senat letzte Woche ein gigantisches Stimulierungspaket im Umfang von nochmals 1000 Milliarden Franken. Dutzende, wenn nicht sogar Hunderte von Banken haben in Amerika bereits Staatshilfe erhalten, und es wird laut darüber nachgedacht, das Bankensystem gänzlich zu verstaatlichen.

Dasselbe Bild in Europa: In Deutschland steht die Verstaatlichung der Hypo-Real-Bank kurz bevor, in England haben ebenfalls Dutzende von Banken Staatshilfe oder weitreichende Staatsgarantien erhalten. Faktisch findet somit weltweit eine Teilnationalisierung des Finanzsektors statt. Weitere solche Schritte werden folgen, denn es wird immer klarer, dass all die bisher eingesetzten Rettungsinstrumente wenig taugen, um die Finanzmärkte wieder zum Funktionieren zu bringen und das verlorene Vertrauen zurückzugewinnen.

Zudem vergeht kaum ein Tag, ohne dass nicht weitreichende Entscheidungen über die künftige Finanzmarktarchitektur gefällt werden. Und anderthalb Jahre nach Ausbruch der Finanzmarktkrise scheint eine Beruhigung noch immer in weiter Ferne. Völlig klar ist zurzeit nur eines: Das globale Finanzsystem wird nicht mehr aussehen wie vorher.

Die Schweiz ist mit ihren Grossbanken und bedeutenden Versicherungen mitten in diesen Turbulenzen drin. Gleichzeitig scheint sie weder Herr der Lage zu sein noch die politische Kraft zu haben, schnell auf diese Entwicklungen zu reagieren. Die Frage stellt sich daher, ob die Schweiz in der Krise überhaupt noch handlungsfähig ist.

«Die Schweiz steckt mitten in den Turbulenzen. Es stellt sich die Frage, ob sie in der Krise überhaupt noch handlungsfähig ist.»

Wie beim G-20-Treffen der Finanzminister und Zentralbankpräsidenten im vergangenen Dezember in Washington schon, wird die Schweiz auch beim Treffen im kommenden April nicht dabei sein, obwohl dort Fragen zur internationalen Besteuerung verhandelt werden sollen, die für die Schweiz von höchster Bedeutung sind. Es zeigt sich damit immer deutlicher: So wie sich im Innern eine riesige Kluft zwischen Bilanzsumme der Grossbanken und volkswirtschaftlichen Ressourcen offenbart, klappt gegen aussen eine riesige Differenz zwischen politischer Potenz des Kleinstaates und den globalen Ambitionen seines Finanzsektors.

Die globalisierte Schweiz ist auf einen offenen Weltmarkt und Rechtssicherheit in ihren internationalen Beziehungen dringend angewiesen. Daher auch immer wieder die Forderung eines starken Engagements in den multilateralen Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO). In der Krise treten jedoch kurzfristige Abmachungen und Ad-hoc-Gremien sowie rasches «Dealmaking» anstelle langwieriger Rechtswege gemäss unserer Rechtsauffassung in den Vordergrund.

Gerade in den USA haben das Finanzministerium und die Notenbank seit Ausbruch der Krise unzählige Deals geschlossen, in denen weder Rechtsgleichheit noch die sorgfältige Eigentumsübertragung (Due Dilligence) massgeblich waren, sondern die nur auf eine rasche Einigung abzielten. Denn die Krise zwingt zu schnellen Lösungen nach dem «trial and error»-Verfahren. Auch der Vergleich zwischen der UBS und den US-Behörden über die Übergabe von Kundendaten muss in diesem Kontext gesehen werden. Es hat keinen Sinn, darüber zu moralisieren oder zu lamentieren.

Die politischen Reaktionen, nicht zuletzt auch die Aufregung über die an sich banale Feststellung von alt Bundesrat Christoph Blocher zur notwendigen Rolle des Staates bei der UBS oder die Abschiebung der Verantwortung des Bundesrates an die Finanzmarktaufsicht (Finma) beim jetzigen UBS-Deal (obschon am Vorabend der Bundesrat zu dieser Frage noch eine Sitzung abgehalten hat) zeigen deutlich, dass die Schweiz auf solche Entwicklungen im Innern institutionell nicht vorbereitet war. Die Schweiz riskiert dadurch massive Wohlstandsverluste.